



SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT  
IN OESTERREICH

WIEN III, 18. März 1953.

Prinz Eugenstrasse 7  
Telephon Nr. U 1 35 00

Unser I/ts.  
Aktenzeichen Ihr .....

POLITISCHER BERICHT No. 4.

Das Anschlussproblem im Ver-  
hältnis zu Deutschland.

Herr Bundesrat,

Am 13. März d.J., der wie vor 15 Jahren auf einen Freitag fiel, hat die amtliche "Wiener Zeitung" zum Gedenken an den Unglückstag des "Anschlusses" einen Artikel des westdeutschen Publizisten Walter FERBER, betitelt "Nie wieder Anschluss!" veröffentlicht, der sehr bemerkenswerte Ausführungen über die Vorgeschichte der Einverleibung Oesterreichs ins Deutsche Reich, sowie über das gegenwärtige und künftige Verhältnis Oesterreich-Deutschland enthält. Ich beehre mich, Ihnen den Aufsatz als Anlage zu übermitteln, der nach Inhalt und Absicht zweifellos auch vom schweizerischen Standpunkt aus lebhaftem Interesse begegnen muss.

Oesterreich und Deutschland sind beide militärisch besetzte Staaten, die in ihrer aussenpolitischen Handlungsfreiheit stark beschränkt sind. Bald werden acht Jahre seit Beendigung der Feindseligkeiten verflossen sein, doch immer sind die Friedensverträge noch ausstehend, die erst ihnen im internationalen Leben und Verkehr die erforderliche, rechtlich gesicherte Stellung gewähren würden.

Was die Regelung der Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich betrifft, so ist in den Entwürfen zu den Friedensverträgen vorgesehen, dass Deutschland mit der Anerkennung der Souveränität und Unabhängigkeit Oesterreichs auch auf alle politischen Ansprüche gegenüber Oesterreich verzichtet und Oesterreich seinerseits sich verpflichtet, keine, wie immer geartete, politische und wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland einzugehen.

Es ist daran zu erinnern, dass s.Zt. auch im Friedensvertrag von St. Germain Oesterreich eine gleichartige Verpflichtung auferlegt wurde, was nicht hinderte, dass die Anschlussbewegung in den Dreissigerjahren sich erfolgreich durchsetzen konnte,

Herrn Bundesrat Dr. Max PETITPIERRE,  
Vorsteher des Eidgenössischen Politische Departements,

B e r n .

Es wird gebeten, Anfragen das Rückporto beizufügen  
und unsere Aktenzeichen zu wiederholen.





PB No.4, 18.März 1953.

2)

nachdem Mussolini seinen Widerstand gegen die Hitler'schen Anschlussabsichten aufgegeben hatte, welcher Wechsel in seinem Verhalten bekanntlich auf die damalige britische Politik gegenüber Italien zurückzuführen ist.

Diese Reminiszenz erscheint nicht unwichtig, weil sie eindeutig beweist, dass die zwangsweise Auferlegung einer völkerrechtlichen Bindung für sich allein auf die Dauer vor der Gewalt der politischen Tatsachen nicht zu bestehen vermag. Es ist deshalb auch durchaus einleuchtend, wenn in dem eingangs erwähnten Artikel das Hauptgewicht auf eine Reinigung der internationalen Atmosphäre gelegt und die Lösung des Problems Oesterreich-Deutschland nicht im Anschlussgedanken, sondern im europäischen Föderationsgedanken gesucht wird. Dass in Deutschland weite Kreise sich mit einem Verzicht auf Oesterreich nicht befreunden könnten, wird mit aller Deutlichkeit gesagt, und es dürfte nicht wenig von der Einstellung der österreichischen Bevölkerung und seiner politischen Parteien abhängen, welches Schicksal der ganzen Frage beschieden sein wird.

Untersucht man nun die Gründe, die nach dem ersten Weltkrieg Volk und Regierung Oesterreichs veranlassen haben, den Willen zu bekunden, auf eine Eigenstaatlichkeit zu verzichten und im Deutschen Reich aufzugehen, so dürften sie wesentlich im Fehlen eines besondern österreichischen Nationalgefühls zu erblicken sein. In der untergegangenen Donaumonarchie verkörperte sich die Einheit der Nation im Herrscherhaus und in der Armee, sodass beim Wegfall dieser beiden Komponenten die Staatsidee ohne Inhalt blieb. Vor allem der Wiener, aber auch der Salzburger, Steirer und Tiroler verbanden mit der Vorstellung von ihrem Oesterreichertum die Zugehörigkeit zu einer politischen und wirtschaftlichen Grossmacht und konnten kein Verständnis für einen kleinen deutsch-österreichischen Rumpfstaat aufbringen. Auch waren sie zu leicht geneigt, ihm die wirtschaftliche Lebensmöglichkeit abzusprechen. Nun sollte man denken, dass nach den Erfahrungen im grossdeutschen Reich und nach der Nutzbarmachung neuer, reicher Rohstoffquellen auf österreichischem Gebiet diese Staatsauffassung einer Aenderung unterworfen wurde. Der durch die Marshall-Plan Hilfe bewirkte Auftrieb hat zweifellos, z.B. auf dem Gebiet der Landwirtschaft, ein gewisses Selbstbewusstsein gefördert, doch hat das Streben nach wirtschaftlicher Sicherheit in der Hauptsache dazu geführt, dass Unternehmer und Arbeiter im Schutz und Schirm umfassender gewerblicher und gewerkschaftlicher Organisationen, sowie staatlicher und halbstaatlicher Einrichtungen, d.h. in der Wahrung ihrer beruf-



PB No.4, 18. März 1953.

3)

lich-materiellen Interessen ihr Heil zu finden trachteten, worüber der Ausbau des Staatsgedankens zu kurz gekommen ist. Auf internationalem Boden wohnt aber diesem Schutzbedürfnis der Hang inne, nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die nationale Selbstbehauptung mächtigern Gebilden anzuvertrauen. Man darf sich keiner Täuschung darüber hingeben, dass der entschlossene Wille zum Kleinstaat, selbst innerhalb einer europäischen Gemeinschaft, auch heute in Oesterreich kaum vorhanden ist. Die Aussichten aber, Wien für sich wieder zum Mittelpunkt einer beherrschenden Machtstellung im Donauraum werden zu lassen, sind als gering zu betrachten, da die sprachlichen und kulturellen Gegensätze und Spannungen zwischen Oesterreich und seinen nicht-deutschsprechenden Nachbarländern, sowie die unseligen Erinnerungen aus den beiden Weltkriegen und der Nachkriegszeit nicht geeignet sind, die Voraussetzungen für ein gemeinsames Zusammengehen mit ihnen zu schaffen.

So spricht denn vieles, wenn nicht alles dafür, dass trotz mannigfacher misslicher Erfahrungen, die mit dem deutschen Stammesbruder gemacht wurden, das Gefühl der Solidarität aus gemeinsam erlittenen Katastrophen, in Verbindung mit einem wohl nicht ganz unbegründeten Misstrauen in das Werden einer europäischen Gemeinschaft, den Ausschlag geben und der Weg des österreichischen Volkes, wenn es einmal über seine Geschicke wird entscheiden können, wieder in die deutsche Strasse einmünden wird.

Es kann somit auch nicht überraschen, dass der Artikel "Nie wieder Anschluss!" im österreichischen Blätterwald, soweit ich beurteilen kann, bisher ohne jedes Echo geblieben ist.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE GESANDTE  
IN OESTERREICH

1 Beilage

